

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Franziska Brychcy und Regina Kittler (LINKE)

vom 18. Juni 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juni 2026)

zum Thema:

**Runder Tisch „Inklusion, Autismus und komplexe Förderbedarfe“ zu nicht
oder nur eingeschränkt beschulten Kindern und Jugendlichen**

und **Antwort** vom 7. Juli 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Juli 2026)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Franziska Brychcy und
Frau Abgeordnete Regina Kittler (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26427

vom 18. Juni 2026

über Runder Tisch „Inklusion, Autismus und komplexe Förderbedarfe“ zu nicht oder nur
eingeschränkt beschulten Kindern und Jugendlichen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Laut Drs. 19/22544 werden in Berlin 2.300 bis 2.800 Kinder und Jugendliche nur eingeschränkt oder gar nicht beschult. Dabei handelt es sich vor allem um Kinder und Jugendliche mit den sonderpädagogischen Förderbedarfen Autismus und Geistige Entwicklung. Der Fachbeirat Inklusion hat sich am 30.09.2025 mit dem Thema Nichtbeschulung befasst und am 24.02.2026 einen Beschluss zu dem Thema gefasst, bei dem er u.a. empfohlen hat, einen ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog zu entwickeln und noch im 1. Quartal 2026 den angekündigten ressortübergreifenden Runden Tisch unter Beteiligung der Ressorts Jugend, Gesundheit und Pflege einzurichten und auch die Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen sowie die Landesbeauftragte Menschen mit Behinderungen daran zu beteiligen. Ende März 2026 wurde durch das Büro der Senatorin zu einem Runden Tisch zum Thema „Inklusion, Autismus und komplexe Förderbedarfe“ eingeladen, die Ende April 2026 stattgefunden hat. Zwei weitere Sitzungen sollen im Juli und September 2026 folgen.

1. Wie lautet die abschließende Zusammensetzung des Rundes Tisches „Inklusion, Autismus und komplexe Förderbedarfe“ und wer hat darüber entschieden? Warum wurden die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, aber auch Gewerkschaften bzw. Beschäftigtenvertretungen nicht einbezogen?

Zu 1.: Am Runden Tisch vertreten sind unter anderem Schulleitungen verschiedener Schulformen, die Schulaufsicht sowie weitere Bereiche der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF), Vertreter der Schulpsychologie, der sonderpädagogischen Beratung und Diagnostik, der Sozialpädiatrie, Elternvertretungen, Selbstvertretungs- und Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, Fachverbände im Bereich Autismus und Inklusion sowie weitere Beratungs- und Unterstützungsstrukturen.

Auch die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen ist Teil des Runden Tisches.

Der Runde Tisch erhebt nicht den Anspruch, sämtliche Institutionen und Interessengruppen abzubilden.

Ziel war vielmehr, einen arbeitsfähigen Kreis zusammenzustellen, der unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen in die Diskussion einbringen kann.

2. Welche konkrete Zielstellung / welchen Auftrag hat der Runde Tisch?

Zu 2.: Der Senat verweist zur Beantwortung auf die bereits veröffentlichte Schriftliche Anfrage Nr. 19/25759 und auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25925.

3. Welchen Zeitplan verfolgt er? Wann sollen Zwischen-, wann Abschlussergebnisse vorgelegt werden?

4. Ist geplant die Ergebnisse zu veröffentlichen? Wenn ja, in welcher Form?

Zu 3. und 4.: Der Senat verweist zur Beantwortung auf die bereits veröffentlichte Schriftliche Anfrage Nr. 19/25925.

Da der Prozess noch nicht abgeschlossen ist und die abschließende Sitzung nachderzeitiger Planung im September 2026 stattfindet, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine abschließende Aussage zu Ergebnissen, deren Kommunikation oder einer möglichen weiteren Umsetzung getroffen werden.

Berlin, den 7. Juli 2026

In Vertretung
Dr. Torsten Kühne
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie